

Deutsche Wehrtechnische Industrie erhalten

Die Junge Union Deutschlands setzt sich für umfangreiche Maßnahmen zur Erhaltung und gegen einen Ausverkauf der deutschen Rüstungsindustrie ein.

Kurzfristig ist der Bundesregierung ein gesetzliches Einspruchsrecht bei Verkäufen von Anteilen von über 25 Prozent an deutschen Rüstungsunternehmen zu erteilen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, einen dementsprechenden Gesetzesvorschlag zu unterstützen.

Mittelfristig ist ein Erhalt der deutschen Rüstungsunternehmen nur durch verbesserte Rahmenbedingungen zu erreichen.

Die Junge Union Deutschlands fordert den Erlass einer einheitlichen europäischen Exportrichtlinie für Rüstungsgüter um die internationale Wettbewerbsverzerrung zu beenden.

Der Bundeswehr ist ein Etat zur Verfügung zu stellen, der den Aufgaben der Bundeswehr gerecht wird und deutschen Rüstungsunternehmen ein wirtschaftliches Überleben ermöglicht. Deutschen Rüstungsunternehmen ist bei den anstehenden Zukunftsprojekten der Bundeswehr Planungssicherheit zu verschaffen.

Die deutsche Bundesregierung hat sich für eine konkurrenzfähige und starke deutsche Rüstungsindustrie als Kern einer eng vernetzten europäischen Verteidigungsindustrie einzusetzen.